

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Einvernehmen mit der Regierung der DDR die seit dem 1. September 1990 geltenden Reisebeschränkungen für Bürgerinnen und Bürger der Republik Polen nach Westberlin sofort zurückzunehmen und die vorher geltende Regelung (visafreie Einreise bei einem Aufenthalt bis zu 31 Tagen) wiederherzustellen;
2. unverzüglich gemeinsam mit der Regierung der Republik Polen Regelungen zu finden, die einen freien Reiseverkehr zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten und damit der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des polnischen Ministerpräsidenten vom 14. November 1989 zu entsprechen, in der es heißt: „Angesichts der besonderen Bedeutung der zwischenmenschlichen Kontakte für Verständigung und Vertrauen zwischen den Völkern werden beide Seiten ihre Bestimmungen über Reise- und Touristenverkehr mit dem Ziel überprüfen, Austausch, Besuchsreisen und Begegnungen zu erleichtern.“ (Punkt 20 der Erklärung)

Bonn, den 17. September 1990

Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Mit bürokratischer Geschichts- und Gedankenlosigkeit wurde am 1. September 1990 auf Anregung des Berliner Innensenators und durch Betreiben der Bundesregierung durch die DDR-Regierung eine Reisebeschränkung für polnische Bürgerinnen und Bürger nach Westberlin eingeführt.

Diese Beschränkung ist so wenig wie der gewählte Termin geeignet, Verständnis und Vertrauen bei den neuen Nachbarn zu schaffen. Sie erschwert die Versöhnung und Verständigung, die gerade am Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen von polnischer Seite betont wurde.

Es ist eine Frage des Anstandes gegenüber den polnischen Nachbarn, die Bestimmung vom 1. September 1990 rückgängig zu machen.